

Liebe Mitmenschen,

zuerst möchte auch ich mich stellvertretend für die Fraktion bei der Verwaltung bedanken.

Nachdem alle bereits gesprochen haben, ist es natürlich schwierig, am Ende noch die notwendige Aufmerksamkeit für unsere Rede einzufordern.

Aber nachdem Sie jetzt mehrheitlich teils durchaus programmatisch inhaltlich Ähnliches gehört haben, werde ich versuchen, Ihnen ein literarisch-ästhetisches Kontrastprogramm zum semi-latent dominierenden Narrativ der neoliberalen Hegemonie zu bieten.

Wir wollen ja nicht in den Verdacht geraten, denkfaul zu sein – das überlassen wir den Feinden der Demokratie am politisch rechten Rand.

Wir stehen wahrlich vor herausfordernden Zeiten – Zeiten, in denen Verteilungskonflikte zunehmend sichtbar werden und sich die Demokratie unter Druck befindet. Das, so argumentieren zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, liegt nicht zuletzt auch daran, dass die freiheitliche Demokratie eng mit der neoliberalen Hegemonie verwoben ist. Was keine natürliche Notwendigkeit ist.

Es ist eigentlich dieser Neoliberalismus, der versagt.

Er kann seine Versprechungen eines „Aufstiegs“ für alle, die hart arbeiten, nicht einlösen.

Genauso wenig versichert er glaubhaft, dass „Wirtschaftswachstum“ bei allen Teilen der Bevölkerung ankommt. Viele fürchten oder erleben bereits einen sozialen Abstieg.

Bereits in meiner Haushaltsrede in Lübbecke habe ich zudem auf eine Studie hingewiesen, welche die Kommunalpolitik thematisiert. Sie zeigt auf, dass sich Parteiprogramme zunehmend ähneln werden – nicht, weil sich tatsächlich grundlegende Überzeugungen teilen, keine Sorge, sondern weil die finanziellen Rahmenbedingungen so stark eingeschränkt sind, dass sich kaum noch substanzielle Unterschiede herausarbeiten lassen. Dieses Kostenargument, welches eigentlich ein Finanzdiktat ist, schränkt die Kommunalpolitik zunehmend massiv ein und verlangt Kosteneinsparungen sowie eine politische inhaltliche Reduzierung auf das bereits Vorgegebene, zumeist die Pflichtaufgaben. Demokratie und Partizipation selbst geraten hier in die Defensive und werden mehr und mehr zu teilnehmenden Zuschauer:innen degradiert, mit sinkenden Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten.

Die Ursache dafür ist bereits vielfach genannt: Bund und Land delegieren Aufgaben an die Kommunen, aber ohne diese mit den notwendigen personellen und finanziellen Mitteln auszustatten. Hieraus artikuliert sich aber auch ein Arbeitsauftrag an die demokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, den Druck zur Nachjustierung auf die Landes- und Bundespolitik zu erhöhen und die Konnexität immer wieder und unbeirrt einzufordern – auch gemeinsam unter und mit den demokratischen Parteien.

Es ist schon schockierend für uns, wenn in Bezug auf die Krankenhausdebatte im gemeinsamen Finanzausschuss seitens eines Bürgermeisters geäußert wurde, ob man sich das Krankenhaus und eigentlich diese Gesundheitsversorgung überhaupt noch leisten könne.

Bis zu 27,29 Millionen Euro mehr im Jahr könnte jede der ca. 10.994 Kommunen haben!

Wenn man nicht gesamtpolitisch weitgehend unkommentiert und unberücksichtigt ließe, dass laut eines Berichts von Deutschlandfunks bis zu 200 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung dem Fiskus jährlich verloren gehen.

Rechnet man dazu noch die rund 100 Milliarden Euro hinzu, die aus dem Ergebnis einer Studie des DIW resultieren, welche die Linke-Vermögenssteuer untersucht hat, kommt man auf bis zu 300 Milliarden Euro im Jahr.

Möglicherweise ist die Summe sogar noch höher, da in den Überlegungen zur Vermögenssteuer Ausweichpraktiken bereits berücksichtigt wurden.

Das sind übrigens auch bis zu 600 MKK-Krankenhausprojekte im Jahr – nur um das etwas greifbarer zu machen.

Jetzt würden die Kommunen vermutlich nicht allein daraus profitieren, aber eines soll hier deutlich werden: Es gibt Möglichkeiten für Entlastung und Geld, es ist nur ungerecht verteilt.

Es ist auch Aufgabe der Kommunalpolitik, dies kritisch anzumerken, den Druck zu erhöhen, um eine Verbesserung der Lebensrealitäten der Bevölkerung, der Menschen vor Ort, zu erreichen, Handlungsspielräume zurückzuerlangen und auch, um die Demokratie verteidigen zu können.

Die Frage sollte nicht sein: Können wir uns das Gesundheitssystem leisten und die damit einhergehenden Investitionen? Sondern: Können wir uns als demokratische Gesellschaft diese Lifestyle-Dekadenz und Schonung der Wohlhabende leisten, die teils abwertend auf die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung herabblicken?

Wir sagen: Nein! Und fordern auf allen Ebenen zum Handeln auf!

Das immer wieder angebrachte „Leistungsprinzip“ erschöpft sich im Übrigen argumentativ darin, dass rund 70 % aller neuen Milliardäre weltweit weitgehend eigenleistungslos durch Erbschaften zu ihrem Reichtum gekommen sind.

Man stelle sich eine solche Eigen-Leistungslosenquote nur in anderen Bereichen vor.

Es ist auch keine wirkliche „Freiheit“, wenn man die Gesellschaft zunehmend neoliberal geleitet und hierarchisch anordnet.

Besonders problematisch wird es, wenn einzelne Akteure unverhohlen demokratiskeptisch bis feindlich auftreten und versuchen, die Gesellschaft und Politik zu korrumpieren.

Das gefährdet letztlich die Freiheiten des Individuums, die Demokratie und die soziale Harmonie.

Das, was hier skizziert wird, ist anteilig bereits der besagte Verteilungskonflikt, der sich auch in der Kommunalpolitik und in unserem Haushalt widerspiegelt und immer wieder widerspiegeln wird. Oder wie es Antonio Gramsci sagt: „Die alte Welt stirbt, und die neue Welt kämpft darum, geboren zu werden – jetzt ist die Zeit der Monster.“

Dem inhärent sind – vereinfacht gesagt – zwei Logiken der Betrachtung:

1. Jene, die den Menschen und seine Existenz objektiviert und ihm , mal mehr, mal weniger offensichtlich, ein Preisschild im Sinne einer Verwertungslogik aufzudrängen versucht.
2. Jene, die den Menschen und die Menschheit in den Mittelpunkt stellt und zu humanitärem Handeln in gesamtgesellschaftlicher

Betrachtung auffordert, in der der Mensch einen zu verteidigenden Wert besitzt, jenseits einer Verwertungslogik.

Im Übrigen ist es wenig verwunderlich, dass jene erste Logik – die Verwertungslogik – gerne mit rechten Denkmustern kokettiert, da sie diese zumeist nur um weitere Elemente wie Ethnie, Geschlecht und anderes erweitert. Im Kern machen jedoch beide Logiken den Wert des Menschen zur Verhandlungsbasis und stellen ihn infrage.

Sie hängen den Menschen unterschiedlich stark ausgeprägt ein Preisschild um, wie der Viehzüchter seinem Vieh.

Dieses denken und Handeln ist uns zutiefst zuwider.

Es steht zwar im Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Aber nach knapp sieben Jahren in der Altenpflege und mehreren Jahren in pflegerischer Bündnisarbeit kann ich daran zumindest ein Fragezeichen setzen.

Denn nicht selten berichteten Pflegekräfte darüber, wie sich diese Verwertungslogik und Objektivierung auf ihre Arbeit auswirken, da aus wirtschaftlichen Gründen teils maximal knapp kalkuliert wird. Die Folge: Hilfebedürftige Menschen bleiben in Urin und Stuhl liegen, Bettwäsche kann nicht gewechselt werden und wird lediglich gedreht. Menschen, wie Oma Erna sind es, die ihr Leben lang für die Gesellschaft „Leistung“ erbracht haben, und so einer Entwertung unterworfen sind, mit Würde hat dies nur noch wenig zu tun.

Im Artikel 1 steht dann weiter: „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Wir halten es für mehr als fraglich, ob eine zunehmend marktwirtschaftlich orientierte staatliche Gewalt diesem Anspruch gerecht werden kann.

Unsere Positionen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind klar: Sie finden sich in den zahlreichen Anfragen und Anträgen unserer Fraktion wieder, die teilweise auch dem Haushalt beiliegen oder bereits behandelt wurden.

Unsere Anfrage und unser Antrag zur Tariftreue beabsichtigten die Verbesserung der Sicherstellung der Tariftreue der Arbeiter:innen und wollten Defizite aufzeigen, hätten aber, wie erwähnt, zunächst keine unmittelbar haushaltsbelastenden Mehrkosten verursacht.

Die Anfrage zur Geschlechterparität und zur Altersverteilung zielt darauf ab, aufzuzeigen, welche Bevölkerungsanteile überhaupt gesehen und gehört werden im kommunalen Parlament. Ganz konkret haben wir in der Haushaltsberatung über das Deutschlandticket der Schüler:innen der Berufskollegs des Kreises geredet und werden jetzt entscheiden. Die angedachten Einschnitte wurden beraten – jedoch ohne eine wirkliche demokratische Partizipation der Betroffenen. Deren Interessen aus ihren Alterskohorten finden sich kaum bis gar nicht repräsentativ in den Fraktionen wieder.

Hieraus speist sich anteilig auch der aufkeimende Konflikt zwischen den jüngeren und älteren Generationen, der noch viele weitere Themen tangiert und bei dem es Vermittlung bedarf. Ähnliches gilt für die Geschlechterparität, die nicht gegeben und teils hoch defizitär ist – das wurde besonders deutlich im Verwaltungsrat der MKK und in der Debatte zur Geburtenstation.

Im Verwaltungsrat ließ sich immerhin eine Lösung finden, die zwar nicht optimal ist, aber zumindest die Menschen nicht gänzlich aus dem Fokus verliert. Auch wenn unser Antrag zur Qualitätssteigerung und Kapazitätsüberprüfung nicht behandelt wurde, zeigt sich hier die Arbeit einer demokratischen Opposition. Denn letztlich wurden die Forderungen übernommen und dem größeren Antrag angehängt.

Dass es eine Partei gibt, die sich gegenüber einer pluralistischen, feministischen und jungen Fraktion und Partei abwehrend und unkooperativ zeigt, wird die Konflikte perspektivisch nur verschärfen.

Unser noch zu behandelnder Antrag zur Senkung der Fraktionszuwendungen macht deutlich, dass Politik Einsparungen nicht ausschließlich in freiwilligen, oft sozialen und gesellschaftlich relevanten Bereichen durchführen sollte, sondern authentisch und solidarisch auch bei sich selbst ansetzen muss. Es kann nicht sein, dass selbstverständlich Zuwendungen steigen – ebenso wie Mandats

Aufwandsentschädigungen, die wir leider nicht beeinflussen konnten, da dies auf Landesebene geregelt wird – während gleichzeitig im Ausschuss für Arbeit gesagt wird, dass beim Regelsatz keine Anpassung durchgeführt wurde, obwohl dieser existenzsichernd ist und damit deutlich relevanter.

Die Anfrage zur Hybridisierung zielt auf sehr Ähnliches ab. Sie bedeutet jedoch, dass Politik ihre Komfortzone womöglich verlassen müsste, um haushaltswirksam perspektivisch Gelder freizumachen, die der Gesamtgesellschaft zugutekommen.

Der letzte Antrag zur zusätzlichen Unterstützung von Wildwasser e. V., der im ersten Durchgang leider abgelehnt wurde, wird hier noch einmal aufgenommen. Ganz konkret bieten wir Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem anderen Antrag bereits die Möglichkeit, eine Finanzierung sicherzustellen, ohne den Haushalt zusätzlich zu belasten. Hier lässt sich zeigen, wie wichtig Ihnen Opferschutz ist. Keine Sorge: Die 500 Euro Differenz und mehr kompensieren Mitglieder unserer Fraktion und der Partei Die Linke privat – daran können Sie sich gerne beteiligen.

Fassen wir zusammen: Wir kritisieren deutlich eine Politik, die sich einer neoliberalen Verwertungslogik unterwirft, soziale Kosten problematisiert und Streichungen vornimmt, die primär den sozialen Bereich betreffen. Wir kritisieren ebenso eine Politik, die überall

Einsparpotenziale sucht, selten bis gar nicht jedoch eine kritische Selbstbetrachtung vornimmt – im Gegenteil: Oftmals werden für sich selbst zusätzliche Mittel geschaffen. Damit gerät die Politik und die Demokratie vermeidbar unter Druck und in Kritik. Man lese dazu nur die Kommentare in der Presse, nachdem über Mandatseinnahmen berichtet wurde.

Wir wünschen uns und setzen uns für eine Politik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, ihn nicht objektifiziert und sich nicht immer wieder bei den Leistungen und Unterstützungen der Bedürftigen bedient, wenn es um Einsparungen geht oder den Mittelstand zusätzlich belastet.

Durch unsere Haltung und unser Handeln unterscheiden wir uns hier deutlich von anderen Parteien, können aber genau deshalb dem Haushalt nicht zustimmen und lehnen ihn ab. Denn er wird dem Anspruch nicht gerecht, Menschen sowie deren Existenzgrundlage – Natur und Umwelt – in den Mittelpunkt zu stellen.

Vielmehr unterwirft er sich in mehreren Bereichen einer fraglichen Finanzlogik.

So wird langfristig der Verteilungskonflikt weiter verschärft und die Demokratie weiter massiv unter Druck gesetzt. Ich muss dabei an ein Zitat von Roger Willemsen denken, der kurz vor seinem Tod sagte: „Wir waren jene, die wussten, aber nicht verstanden, voller Informationen,

aber ohne Erkenntnis, randvoll mit Wissen, aber mager an Erfahrung.
So gingen wir, nicht aufgehalten von uns selbst.“

Hier, liebe Kolleg:innen, adressieren wir dringenden Handlungsbedarf
und geben Ihnen das als Denkanstoß für zukünftige Beratungen mit.

Vielen Dank.